

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD Fraktion im Stadtparlament Vorsitzender: Ulrich Berghof 65366 Geisenheim i. Rhg.

Prälat-Werthmann Strasse 25 ☎06722 - 9 375 350 0151 700 80 550 fraktion@spd-geisenheim.de

SPD Geisenheim, Postfach 1217, 65359 Geisenheim

Herr Stadtverordnetenvorsteher Georg Fröhlich <u>Über</u> Büro der Städtischen Gremien / Rathaus **65366 Geisenheim i. Rhg.**

27.01.2020

www.spd-geisenheim.de

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie, den Antrag der SPD Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

Antrag: Jobticket für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und den Beschäftigten der kommunalen Gesellschaften ein JobTicket zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Es steht zu erwarten, dass der Kreistag für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung in seiner nächsten Sitzung ein JobTicket beschließt, das in der Premium-Variante dem Kreis rund 70.000€ p.a. für seine rd. 860 Bediensteten kostet.

Dieses JobtTicket soll damit auch den Kreis als Arbeitgeber attraktiv machen, insbesondere in einer Zeit, in der es immer schwieriger wird, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Der Kreistag wird damit in die Fußstapfen des Landes Hessen treten, das ein JobTicket für seine Beschäftigten schon im 2. Jahr gewährt.

Dieses JobTicket kann im Bereich des Rhein-Main-Verkehrsverbundes an allen Tagen, also auch an den Wochenenden genutzt werden und der geldwerte Vorteil wird nicht versteuert. Er wird angerechnet auf die individuelle Kilometerpauschale. Es wäre eine gute Personalgewinnungsmaßnahme für die Stadtverwaltung.

Wenn es darüber hinaus gelingt, dass weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Auto zum Rathaus fahren, werden tagsüber mehr Parkplätze im Bereich des Rathauses den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, z.B. für Einkäufe, stehen.

Die Stadt könnte allein handeln oder sich mit den anderen Kommunen des Rheingaus zusammentun, um ggfs. bessere Konditionen auszuhandeln. Verhandlungspartner ist der Rhein-Main-Verkehrsverbund.

In jedem Fall wäre die Kommune wieder einmal Vorreiter im öffentlichen Personennahverkehr.

Vielen Dank im Voraus

Mit freundlichen Grüßen

I.A. Ulrich Berghof Fraktionsvorsitzender